



18.12.07

**Bayern investiert 1,7 Millionen Euro in wissenschaftliche
Ausbildung von Frauen / Goppel: „Wichtiger Schritt für mehr
Chancengerechtigkeit in Forschung und Lehre“ / Kabinett stimmt
Professorinnenprogramm von Bund und Ländern zu**

Mit zwei Maßnahmen hat das Kabinett heute die Weichen für mehr Chancengerechtigkeit in Forschung und Lehre gestellt. Bayern stellt im Rahmen des Nachtragshaushalts 2008 rund 1,7 Millionen Euro zusätzliche Landesmittel zur Gewinnung hoch qualifizierter Frauen für Spitzenpositionen in der Wissenschaft zur Verfügung.

Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel sprach von einem wichtigen Schritt für mehr Chancengerechtigkeit von Frauen an Bayerns Hochschulen. Goppel: „Die Ausbildung exzellenter Nachwuchswissenschaftlerinnen ist für die Zukunft des Wissenschaftsstandorts Bayern von herausragender Bedeutung. Mit diesen Mitteln geben wir einen Impuls zur gezielten Erhöhung der Zahl angehender Hochschullehrerinnen.“

Das Kabinett hat darüber hinaus dem neuen Professorinnenprogramm von Bund und Ländern zugestimmt. Goppel betonte, dass sich der Anteil der Professorinnen in Bayern innerhalb von zehn Jahren fast verdoppelt hat und bei den Neuberufungen der Frauenanteil in diesem Jahr bei rund 20 Prozent liegt. Diese erfreuliche Entwicklung solle weiter fortgesetzt werden. Goppel: „Frauen in wissenschaftlichen Spitzenpositionen sind wichtige Vorbilder, die mehr Frauen für eine wissenschaftliche Karriere motivieren. Nur so kann es auf Dauer gelingen, den Frauenanteil nachhaltig zu erhöhen. Mit dem Professorinnenprogramm von Bund und Ländern werden sich die

./.

Hochschulen aktiver und gezielter als bisher um die Aufnahme von Frauen in den Bewerberkreis um eine ausgeschriebene Professur bemühen.“ Das Programm leiste einen willkommenen Beitrag zur Erhöhung des Professorinnen-Anteils gerade in einer Zeit, in der die Nachfrage nach hoch qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs stark zunehme.

Das Professorinnenprogramm hat eine Laufzeit von 2008 bis 2012 und ist mit 150 Millionen Euro dotiert, die je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden. Das Programm soll am 1. Januar 2008 in Kraft treten. Voraussetzung ist die Zustimmung aller Länder.

gez.
Rainer Riedl
Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei++++